NACHRICHTEN AG

27. August 2024

Baumstreit in Kassel: Nachbar kämpft um sein Grundstück

Ein Kasseler kämpft seit Jahren gegen überhängende Ebereschen seines Nachbarn – rechtliche Auseinandersetzungen ohne Erfolg.

In Kassel sorgt ein seit Jahren schwelender Konflikt zwischen Nachbarn für Diskussionen über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Baumschutzes. Ein 83-Jähriger, Rainer Hamenstädt, sieht sich durch zwei große Ebereschen, die auf dem Grundstück der Vereinigten Wohnstätten stehen, erheblichen Beschwerden ausgesetzt. Diese Bäume ragen über sein Anwesen und sind nicht nur eine lästige Quelle von herabfallendem Laub, sondern auch potenzielle Gefahrenquellen.

Hamenstädt, der bis vor kurzem selbstständig auf das Dach seiner Garage kletterte, um die Abflüsse von Laub zu befreien, erzählt, dass diese Bäume im Herbst kaum zu handhaben seien. Neben der ständigen Laubverstopfung der Abflüsse kommt es sogar zu Schäden, wenn Äste vom Baum herabfallen. Ein ungebetener Besuch: Im Juni 2023 führte ein Unwetter dazu, dass der große Baum einige kleinere Schäden an der Garage verursachte. Doch das ist nicht alles. Inzwischen macht eine der Wurzeln der Eberesche seiner Garage zu schaffen, was Risse im Mauerwerk hinterlässt.

Rechtliche Auseinandersetzung

Der Fall Hamenstädt wirft wichtige Fragen bezüglich der Anwendung von Nachbarrecht und der Kasseler

Baumschutzsatzung auf. Der Rentner versuchte zunächst, mit seinen Nachbarn eine einvernehmliche Lösung zu finden, musste jedoch feststellen, dass nur kleinere Äste entfernt wurden. Der nächste Schritt führte ihn zum Gericht, wo ihm jedoch abgeraten wurde, das Verfahren weiterzuverfolgen. ȣEs fühlte sich an wie eine Art Enteignungȣ, beschreibt Hamenstädt seine Erfahrungen. Die Gerichte wiesen darauf hin, dass Gutachten im fünfstelligen Bereich auf ihn zukommen könnten, was ihn letztendlich dazu brachte, in eine rechtliche Grauzone zu geraten.

Ein zentrales Element des Rechtsstreits ist das Selbsthilferecht, das in Paragraph 910 des Bürgerlichen Gesetzbuches verankert ist und es Hamenstädt laut seiner Argumentation erlauben würde, die überragenden Äste eigenständig zu entfernen, solange dies nicht zum Absterben der Bäume führt. Doch die Vereinigten Wohnstätten berufen sich auf die Kasseler Baumschutzsatzung, die solch eigenmächtige Maßnahmen verbietet.

Die Baumschutzsatzung im Fokus

Die Baumschutzsatzung in Kassel stellt bestimmte Bäume unter Schutz, wenn sie bestimmte Maßstäbe überschreiten: Laubbäume sind ab einem Umfang von 80 Zentimetern in einem Meter Stammhöhe geschützt. Die Wohnstätten zeigen sich bislang unkooperativ und haben auf Anfragen nach einer Stellungnahme nicht reagiert. Rechtsanwalt Jürgen Eichel, der auf Immobilien- und Nachbarrecht spezialisiert ist, stellt klar, dass kommunale Baumschutzsatzungen Vorrang vor nachbarrechtlichen Ansprüchen haben.

Es gibt zudem ernsthafte rechtliche Konsequenzen zu beachten. Eine missachtete Baumschutzsatzung könnte für die Vereinigten Wohnstätten Strafen von bis zu 100.000 Euro nach sich ziehen. In diesem rechtlichen Spannungsfeld scheinen alle Beteiligten vor einer komplexen Herausforderung zu stehen: Dem Versuch, eine Lösung zu finden, die sowohl die Interessen des Nachbarn

als auch den Schutz der Bäume berücksichtigt.

Für Bürger, die in ähnlichen Konflikten stecken, empfiehlt sich der Gang zum Schiedsamt, bevor rechtliche Schritte unternommen werden. Eine meditative Diskussion könnte oft zu besseren Lösungen führen als die Eskalation vor Gericht.

Im Fall von Rainer Hamenstädt bleibt abzuwarten, ob er einen Ausweg aus seiner misslichen Lage finden kann. Der Konflikt bietet einen eindringlichen Einblick in die Herausforderungen des Nachbarrechts und den Einfluss kommunaler Vorschriften auf das individuelle Eigentum.

Relevante Baumschutzgesetze in Deutschland

Baumschutzsatzungen in Deutschland spielen eine wichtige Rolle im den Erhalt von städtischen und ländlichen grünen Flächen. Diese lokalen Gesetze unterscheiden sich jedoch stark je nach Bundesland und Gemeinde. In Hessen beispielsweise gibt es spezifische Richtlinien, die den Umgang mit geschützten Baumarten regeln. Die Kasseler Baumschutzsatzung schützt bestimmte Baumarten basierend auf ihrem Stammumfang und stellt sicher, dass die Entscheidungsprozesse für Baumfällungen und Rückschnitte transparent sind, um die Biodiversität zu fördern und ökologische Schäden zu vermeiden.

Das Bundesrecht bietet ebenfalls einen Rahmen, wobei das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) im § 910 das Selbsthilferecht ermöglicht, solange die Aktionen nicht das Absterben des Baumes verursachen. Es ist wichtig zu beachten, dass im Konfliktfall die örtlichen Baumschutzsatzungen oft Vorrang haben können, was in Hamenstädts Fall ausschlaggebend ist. Eine umfassende Übersicht über die geltenden Baumschutzgesetze findet sich unter BMU.

Reaktionen der Öffentlichkeit

Die Auseinandersetzung zwischen Hamenstädt und den Vereinigten Wohnstätten hat in der Öffentlichkeit eine Debatte über Nachbarrecht und Baumschutz ausgelöst. Bewohner in Kassel und anderen Städten haben ihre Meinungen über soziale Medien und lokale Diskussionsforen geteilt. Viele unterstützen Hamenstädt und empfinden die strengen Regelungen als hinderlich, während einige der Meinung sind, dass der Baumschutz wichtig sei, um die Natur in städtischen Gebieten zu bewahren.

Zusätzlich haben Umweltorganisationen die Gelegenheit genutzt, um auf den Wert von städtischen Bäumen hinzuweisen, nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Lebensqualität der Anwohner. Diskussionen über die Balancierung zwischen individuellem Eigentum und dem Allgemeinwohl stehen hier im Mittelpunkt.

Nachbarliche Konflikte und deren Rechte

Die Problematik von Nachbarschaftsrechten wird häufig von rechtlichen und emotionalen Spannungen begleitet. Laut dem Deutschen Mieterbund (DMB) kommt es nicht selten zu konfliktreichen Situationen zwischen Nachbarn, insbesondere in städtischen Gebieten, wo der Raum begrenzt ist und der Platz für Pflanzen und Bäume oft umstritten ist. Diese Konflikte können sowohl rechtliche als auch soziale Dimensionen annehmen.

Ein Mediationverfahren, wie vom DMB empfohlen, könnte dazu beitragen, eine einvernehmliche Lösung zu finden, bevor der rechtliche Weg beschritten wird. Solche Verfahren sind darauf ausgelegt, eine positive Kommunikation zwischen den Parteien zu fördern und Lösungen zu erarbeiten, die für beide Seiten akzeptabel sind. Dies kann nicht nur Zeit und Geld sparen, sondern auch den sozialen Frieden in der Nachbarschaft fördern.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de